



GdW

Bochumer Erklärung

Stadtentwicklung am Scheideweg: Die Städte erneuern und den sozialen Zusammenhalt sichern

Deutschlands Städte stehen am Scheideweg. Zukunftsorientierter Wandel oder schleichender Verfall. Sozialer Zusammenhalt in starken Bürgerschaften oder soziale Spaltung in überforderten Nachbarschaften. Die für den Haushalt 2012 wiederum drohende extreme und unverhältnismäßige Kürzung der Städtebauförderung macht deutlich, dass im politischen Raum kein Konsens mehr über die gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung starker Städte besteht. Der GdW betrachtet diese Entwicklung mit großer Sorge. Er fordert den Bund auf, zu einer Stadtentwicklungspolitik zurückzukehren, die mit hoher Kontinuität über viele Jahrzehnte Deutschlands Städte zu attraktiven Zentren des gesellschaftlichen Lebens gemacht hat. Im Gegensatz zum Verkehr, wo ein Stück unfertige Autobahn oder eine nicht ausgebaute Zugverbindung sofort und direkt große Empörung auslösen, werden die Folgen einer gekürzten Städtebauförderung in den Städten erst mit Verzögerung sichtbar. Dafür werden sie aber umso schwieriger und nur mit immensem Aufwand zu reparieren sein.

Es gibt 12.300 Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland mit rund 75.000 Quartieren. Seit 40 Jahren trägt die Politik mit der Städtebauförderung eine große Verantwortung für die Entwicklung der Städte, als wichtiger Bestandteil einer sozialen Marktwirtschaft. Mit dem aktuellen Beschluss des Bundeskabinetts, für die Städtebauförderung 2012 nur noch einen Verpflichtungsrahmen von rund 266 Mio. EUR vorzusehen, stiehlt sich der Bund immer mehr aus dieser Verantwortung. Das ist ein schwerer Fehler. Die Städte und die Wohnungsunternehmen brauchen langfristige Planungssicherheit und keine jährliche Zitterpartie, um die Investitionen in die Städte und Wohnquartiere wirkungsvoll vorantreiben zu können. Es droht sonst ein unternehmerischer Attentismus, den sich die Städte und Quartiere nicht leisten können. Bei der Städtebauförderung zu kürzen, ist ökonomisch und sozial widersinnig. Im Bausektor gehen so wichtige Investitionsimpulse verloren. Denn mit der Städtebauförderung werden viele Mittel mobilisiert. So stößt 1 EUR an Städtebaufördermitteln weitere 8,50 EUR bei privaten und öffentlichen Investitionen an. Damit stärkt die Städtebauförderung insbesondere das lokale Handwerk. Der nun drohende schleichende Verfall in den Städten schadet vor allem den Menschen, die in ihnen leben.

Die Stadtentwicklungspolitik ist für die vom GdW vertretene Wohnungswirtschaft von erheblicher Bedeutung. Der demographische Wandel sowie die Anforderungen des Klimaschutzes und der Energieeinsparung erzwingen einen Umbau des Bestandes und innovative Ansätze im Neubau. Im Interesse stabiler Nachbarschaften ist der soziale Zusammenhalt in benachteiligten Stadtquartieren eine dauerhafte Aufgabe. Zunehmende regionale Disparitäten erfordern in Wachstums- und Schrumpfungsregionen unterschiedliche Ansätze des Rückbaus, Umbaus und Neubaus und eine neue Qualität der Abstimmung von wohnungswirtschaftlichen Unternehmensstrategien und Stadtentwicklungskonzepten. Die Städtebauförderung hat sich als wirksamstes Instrument erwiesen, um diesen Herausforderungen zu begegnen und die Kooperation von Kommunen und Wohnungswirtschaft zu unterstützen. Dieses Förderinstrument ist unverzichtbar für den Umbau und die Weiterentwicklung der Stadtquartiere. Es hat in der Vergangenheit zur Revitalisierung der Städte sowie zur Stabilisierung der Wohnungsmärkte beigetragen und die hohe Qualität des Wohnens in Deutschland gesichert. Die Erneuerung eines Stadtplatzes, die Sanierung eines in die Jahre gekommenen historischen Straßenzuges, die Neuanlage

eines Grünzuges oder der Umbau einer ganzen Wohnsiedlung sind Beispiele dafür, wie die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort konkret verbessert werden können. Die Städtebauförderung muss gestärkt werden, weil der Erneuerungstau in den Stadt- und Wohnquartieren wächst und die Mittel weit hinter den von der Bundesregierung selbst berechneten Erfordernissen von 700 Mio. EUR pro Jahr zurück bleiben. Die Probleme wachsen und die Möglichkeiten, sie zu lösen, schwinden zusehends. Für die Städte und die Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern kommt erschwerend hinzu, dass die ausbleibende Lösung des Altschuldenproblems den Erfolg des Stadtumbaus konterkariert. Der GdW fordert deshalb den Bund auf, den Empfehlungen des von ihm selbst bestellten Gutachtens zu folgen: Alle Wohnungsunternehmen, die sich an städtebaulich begründeten Standorten am Rückbau beteiligen, sind von den Altschulden zu entlasten – verbunden mit der Verpflichtung zur Reinvestition in den zukunftsfähigen Quartieren.

Angesichts der aktuellen Diskussionen über die Integration von Migranten und der immer tiefer gehenden sozialen Entwurzelung vieler Menschen ist es dringend notwendig, diese Entwicklung aufzufangen. Die Zielrichtung des Programms Soziale Stadt ist mit dem erforderlichen Mitteleinsatz fortzuführen. Das Programm war 2011 von 95 auf 28 Mio. EUR – also um über 70 % – reduziert worden. Die unverhältnismäßige Kürzung der Mittel trifft vor allem jene Quartiere, in denen die größten Integrationsleistungen erbracht werden müssen.

Circa 90 % der Mittel aus dem Programm Soziale Stadt werden für bauliche Maßnahmen eingesetzt. Dies entspricht der Logik der Städtebauförderung als investivem Leitprogramm der Stadtentwicklungspolitik. Damit wird zugleich deutlich, mit welchem geringem Mittelvolumen die begleitenden sozialen Maßnahmen ihre große Wirkung für nachhaltige Investitionen entfalten. Deshalb ist es besonders wichtig, dass die Fördermittel im Rahmen des Programms Soziale Stadt sowohl für baulich-investive als auch für investitionsbegleitende Maßnahmen verwendet werden dürfen.

Der GdW appelliert an den Bund, die Städtebauförderung im Jahr 2012 nach den Kürzungen im Bundeshaushalt 2011 auf 455 Mio. EUR wieder auf dem ursprünglich im Haushaltsentwurf 2011 vorgesehenen Niveau von 610 Mio. EUR fortzuführen. Diese Summe läge zwar unter dem ermittelten Bedarf von 700 Mio. EUR, wäre aber im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage ein vernünftiger Kompromiss zwischen ökonomisch-fachlicher Notwendigkeit und erforderlicher Haushaltskonsolidierung.

Angesichts der Dimension der sozialen Herausforderungen und städtebaulichen Missstände ist es dringend geboten, einen integrierten, ressortübergreifenden Ansatz auf Bundesebene zu stärken. Der GdW fordert den Bund dazu auf, den Politikansatz der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unter Federführung des Stadtentwicklungsressorts konsequent umzusetzen und die Initiativen der verschiedenen, letztlich in den Quartieren agierenden Bundesressorts politisch zu bündeln. Ein integrierter Ansatz vor Ort, der dringend notwendig ist, um die Mittel und Maßnahmen zusammenzuführen und ihre Wirkung aufeinander abzustimmen, damit das denkbar beste Ergebnis erzielt werden kann, setzt ein ebenso entschlossenes, geballtes Handeln auf Bundesebene voraus.

Bochum, 29. März 2011